

Positionspapier

zur

Landwirtschaft der

Zukunft

**Beschlossen auf der
Diözesanversammlung 2022**



KLJB
Katholische
Landjugendbewegung
im Bistum Osnabrück



Einleitung

Die Landwirtschaft ist vielfältig. Sie wird in den verschiedensten Regionen in Deutschland unterschiedlich er- und gelebt. Beispielweise ist das Gebiet des Bistums Osnabrück im Vergleich zu anderen Diözesen ländlich und landwirtschaftlich geprägt. Dabei betreibt die hiesige Landwirtschaft mehr Tierhaltung oder erzeugt Erneuerbare Energien.

Die KLJB Deutschland, als Bundesverband der KLJB, hat 2021 auf der Bundesversammlung ein Dialogpapier zur Zukunft der Landwirtschaft verabschiedet. Dieses ist ein Kompromiss aus den verschiedenen Diözesen.

Wir, als KLJB im Bistum Osnabrück, möchten hiermit unsere eigene Position noch einmal beschließen, da wir uns mit einigen Punkten des Leitbilds der Bundesebene nicht identifizieren können und dies nicht auf unsere regionalen Besonderheiten eingeht. Beispielsweise könnte die flächengebundene Tierhaltung, wie sie im Papier der KLJB Deutschland gefordert wird, existenzbedrohend für Landwirt*innen in unserer Region sein. In Themen wie die Anzahl der Fruchtfolge, der Produktion von Erneuerbaren Energien oder dem Nährstoffüberschuss stimmen wir mit dem Dialogpapier der Bundesebene nicht überein.

Wir sehen es als sehr wichtig an, unseren Standpunkt darzustellen, um unsere landwirtschaftlich geprägte Region als zukünftige Generation zu vertreten. Dieses Positionspapier zur Zukunft der Landwirtschaft wurde maßgeblich durch den Arbeitskreis Agrar der KLJB im Bistum Osnabrück als Expert*innen der Landwirtschaft erarbeitet.

Im Folgenden erläutern wir anhand der einzelnen Punkte unsere Meinung.

Tierhaltung

Wie oben beschrieben, ist die Region des Bistums Osnabrück von tierwirtschaftlichen Betrieben geprägt. Die konventionelle Tierhaltung wird in der Öffentlichkeit stark kritisiert und angegriffen. Es scheint als würde die Haltungsform ausschlaggebend für das Wohl der Tiere sein, allerdings ist für uns viel bedeutsamer, wie der*die Landwirt*in mit seinen*ihren Tieren umgeht und sie pflegt.

Daher ist für uns die konventionelle Tierhaltung zukunftsfähig und sollte es weiterhin sein. Tierwohl muss dabei zum Standard werden und darf nicht zum finanziellen Nachteil für die Landwirt*innen sein. Die bürokratischen Hürden, insbesondere bei Genehmigungsverfahren, müssen niedrig gehalten werden. Für die Verbraucher*innen müssen sowohl der Preis als auch das Label transparent und verständlich sein.

Durch den Wandel der letzten Jahrzehnte in der konventionellen Landwirtschaft sind die Bedingungen der Tiere deutlich besser geworden. Nur mit gesunden und zufriedenen Tieren kann wirtschaftlich gearbeitet werden und dadurch auch der Arzneimittelaufwand reduziert werden. Trotz sehr guter Haltungsbedingungen kann es passieren, dass Tiere erkranken. Den Tieren sollten daher bestmögliche Behandlungen zustehen. Hierbei kann es auch zu gezielten Medikamenteneinsätzen kommen. Jedoch sollte der Grundsatz sein „So wenig wie möglich, so viel wie nötig“.

Da die Landwirt*innen tagtäglich mit den Tieren arbeiten, ist das gesamte Tierwohl für sie von großer Bedeutung. Unser Ziel ist es, dass es in Zukunft mehr tierwohlgeführte Ställe gibt. Zurzeit ist es so, dass sich das Label „Tierwohl“ nur auf Schweine und Hähnchen beschränkt. Deshalb fordern wir, dass sich Tierwohlvorgaben auf weitere Tierarten ausweiten.

Die Lebensmitteleinzelhändler*innen rufen dazu auf, dass sie in Zukunft überwiegend höhere Standards bzw. die Haltungsstufen 3 und 4 vermarkten wollen. Wir fordern, dass die Mehrkosten für Tierwohl auch auf das Produkt umgelagert werden, um die Kosten realistisch darzustellen. Somit würden die Mehrkosten von der Lebensmittelverarbeitung, dem Lebensmitteleinzelhandel und den Verbraucher*innen mitgetragen werden.

Die bisherigen Programme für das Tierwohl werden über staatliche Förderungen finanziert, sie verzerren jedoch das realistische Bild des Marktes. Höhere Standards werden von den Verbraucher*innen gefordert, jedoch werden diese Produkte nicht von den Verbraucher*innen gekauft.¹

Die meisten Verbraucher*innen wollen jedoch lieber das günstigste Produkt kaufen und achten somit selten auf das Label des Produktes und verlieren den Überblick oder das Vertrauen bei der großen Anzahl der Kennzeichnungen. Wir fordern, dass es einheitliche Standards zum Label am Produkt gibt, damit die Siegellandschaft verständlicher und übersichtlicher wird.

Ein großes Problem der Tierhaltung ist ebenfalls die Genehmigungspraxis. Aufgrund der höheren Emissionen² durch Tierwohlmaßnahmen ist es kaum möglich Ställe zu bauen, die dem Tierwohlstandard entsprechen. Die Landwirt*innen sind bereit ihre Ställe tierwohlgerecht (um-) zu bauen, erhalten aber von den Bauämtern keine Genehmigungen. Eine Reduzierung des Tierbestands ist aufgrund der Wirtschaftlichkeit des Betriebs und den entstandenen Mehrkosten durch den Umbau keine Option. Insbesondere bei den Richtlinien gibt es von der Politik in kurzen Abständen immer wieder neue Anforderungen mit kurzen Übergangsfristen. Das führt dazu, dass die Ställe in der Praxis schon wieder umgebaut werden müssen, bevor Kredite abbezahlt sind. Dies führt zu Frustration. Hier fordern wir eine Gewährleistung der

¹ Diese Diskrepanz zwischen Angaben in Umfragen und dem tatsächlichen Handeln wird „Attitude-Behavior-Gap“ also Lücken zwischen der Einstellung und dem Verhalten der Verbraucher*innen bezeichnet. Laut einer Studie von Prof. Dr. Stephan Rüschen und Prof. Dr. Carsten Kortum

der Dualen Hochschule Baden-Württemberg steht das Kriterium der Preis-Leistung im tatsächlichem Kaufverhalten höher, als Nachhaltigkeit (dazu gehört sowohl Tierwohl, als auch Regionalität, Verpackung usw.)

² Emissionen bezieht sich hier auf Ammoniak und Methan

Planungssicherheit mit angemessenen Übergangsphasen aus der Agrarpolitik.

Bodenwirtschaft

Durch die Bewirtschaftung von Flächen wird die Grundversorgung von Menschen und Tieren sichergestellt. Sowohl der konventionelle als auch der ökologische Ackerbau werden weiterhin eine wichtige Rolle spielen. Sie können voneinander lernen und die besten Möglichkeiten des Ackerbaus immer weiter erarbeiten. Wichtig für die Versorgung von Tieren und Menschen ist, dass die Flächen der Landwirtschaft zur Verfügung stehen und so wenig Flächen wie möglich aus der landwirtschaftlichen Nutzung entnommen werden.

Die Bodenversiegelung durch zum Beispiel Siedlungen, Verkehr, Industrie und Infrastruktur muss auf ein Minimum reduziert werden. Ausgleichsflächen³ für solche Baumaßnahmen dürfen der Landwirtschaft nicht komplett entnommen werden. Je mehr Flächen der Landwirtschaft genommen werden, desto mehr Ressourcen/Lebensmittel müssen aus dem Ausland zugekauft werden.

Mittlerweile wird das Gut Boden als Wertanlage von Investor*innen und Unternehmen genutzt. Um die Ernährung von Menschen und Tieren sicherzustellen, sollten die Flächen ausschließlich in Händen vieler Landwirt*innen bleiben. Dazu sollte auch das Vorkaufsrecht von Grund und Boden der Landwirt*innen gestärkt werden.

Die Bewirtschaftung der Flächen sollte mit einer sehr ausgewogenen Fruchtfolge erfolgen. Dabei ist es nicht wichtig, wie viele Kulturen angebaut werden, sondern wie sich die Fruchtfolge auf den einzelnen Flächen ergänzt. Daher sollten die Richtlinien zur Fruchtfolge gelockert werden.

Die Bodenqualität sollte durch eine angepasste und pflanzengerechte Düngung auf einem

qualitativ hochwertigen Niveau gehalten werden. Insbesondere auf Betrieben in denen Flächen getauscht werden, sollte ein besonderes Augenmerk auf die Erhaltung des bodenspezifischen pH-Wertes laut Bodenuntersuchung gelegt und dies nicht durch kurzfristige Pachtperioden vernachlässigt werden. Weiterhin muss der Aufbau von Humus durch zum Beispiel Zwischenfruchtanbau weiter vorangetrieben werden. Dadurch können Feuchtigkeit und Nährstoffe länger gebunden werden und stehen der Pflanze zum passenden Zeitpunkt zur Verfügung.

Aufgrund der Vorteile bezüglich Bodenfruchtbarkeit und Humusaufbau sollte zum Großteil auf organische Dünger gesetzt werden. Die zusätzliche mineralische Düngung sollte dem Pflanzenbedarf angepasst werden.

Der integrierte Pflanzenschutz⁴ sollte vorrangig zum chemischen angewandt werden. Auch hier sollte die Devise „So viel wie nötig, so wenig wie möglich“ gelten.

Energie

Die Landwirtschaft trägt einen immer größeren Teil zur Erzeugung von erneuerbaren Energien bei. Durch den Ausstieg aus der Kohle- und Atomenergie entsteht ein hoher Bedarf an Erneuerbaren Energien. Zur Vielfalt der Landwirtschaft gehört auch, dass landwirtschaftliche Betriebe die Möglichkeit haben, Anlagen zur Energieerzeugung zu errichten und zu betreiben. Vielmehr lassen sich diese Anlagen auf den Höfen optimal integrieren und beispielsweise können landwirtschaftliche Erzeugnisse und Nebenprodukte oder sogar Bio-Abfälle dort eingespeist und weiter genutzt werden.

denen unter vorrangiger Berücksichtigung biologischer, biotechnischer, pflanzenzüchterischer sowie anbau- und kulturtechnischer Maßnahmen die Anwendung chemischer Pflanzenschutzmittel auf das notwendige Maß beschränkt wird.

³ Da Eingriffe in die Natur bei den meisten Baumaßnahmen unvermeidbar sind, verpflichtet das Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) den Bauherrn für betroffene Flächen einen Ausgleich zu schaffen, sogenannte Ausgleichsflächen.

⁴ Der § 2 des Pflanzenschutzgesetzes definiert integrierten Pflanzenschutz als eine Kombination von Verfahren, bei

Die Nutzung von Bioenergie bietet eine Möglichkeit der Energieerzeugung aus regenerativen Rohstoffen, bei deren Nutzung nur so viel Kohlendioxid frei wird, wie während des Wachstums der genutzten Pflanze gebunden wurde. Lediglich der Anbau sowie der Transport erzeugen einen minimalen Kohlendioxid-Ausstoß. Im Vergleich zu fossilen Quellen sind die Emissionen deutlich geringer.

Strom und Wärme aus Biogas

(Tonnen CO₂)



Gesamtemissionen 455 (Tonnen CO₂)

Vgl. Fachverband Biogas e. V. (o.J.), online

Darüber hinaus können Hofflächen und Biogasanlagen sinnvoll zur Gewinnung und vor allem zur Speicherung von regenerativen Energien genutzt werden.

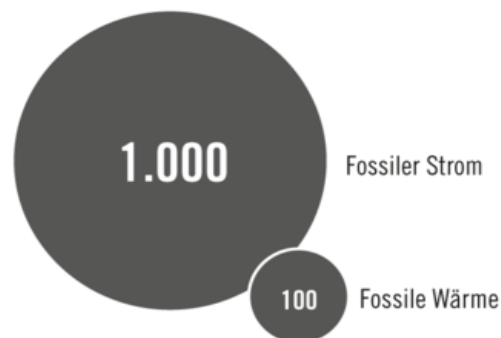
Für eine ausreichende Energieversorgung der Bevölkerung ist es unabdingbar, bestehenden Biogasanlagen weiterhin die Möglichkeit zu geben, zu fairen Preisen Energie zu produzieren. Um diese nachhaltiger zu gestalten, sollten Biogasanlagen mit einem Mindestanteil an Gülle, Mist und anderen sekundären Rohstoffen besondere Beachtung im Rahmen des Erneuerbaren-Energie-Gesetzes erhalten. Um das gesamte Potenzial der Biogasanlagen auszuschöpfen, muss es jedoch möglich sein weiterhin nachwachsende Rohstoffe für die Gas-erzeugung zu nutzen. Außerdem müssen Abfallprodukte, welche zur Biogasproduktion nützlich sind, verwertet werden.

Um die Energieeffizienz zu erhöhen, ist es wichtig entsprechende Wärmekonzepte zu entwickeln. Dadurch wird die Abwärme der Motoren sinnvoll genutzt und somit werden andere fossile Ressourcen eingespart.

Flächen, welche für die Tierhaltung oder den Ackerbau nutzbar sind, sollten vorzugsweise für die Nahrungs- und Futtermittelproduktion genutzt werden. Bereits versiegelte Flächen können hingegen sinnvoll für den Ausbau von Solarenergie genutzt werden. Dazu zählen speziell in der Landwirtschaft Hallen und Ställe. Da allerdings die Vermarktung des Stroms zu einem hohen Mehraufwand für Landwirt*innen führt, sollte eng mit den Energieversorgern kooperiert werden.

Strom und Wärme aus fossilen Quellen

(Tonnen CO₂)



Gesamtemissionen 1.100 (Tonnen CO₂)

Die Windenergie kann und muss einen großen Teil zur Energiewende beitragen. Die Anlagen schonen im bestmöglichen Umfang die Natur und beeinträchtigen die Interessen der umliegenden Bevölkerung im geringen Umfang. Durch innovative und gesellschaftsorientierte Betriebskonzepte sollte auch Menschen, die nicht über entsprechende Flächen verfügen, die Möglichkeit gegeben werden, sich an der Erzeugung und der Nutzung von Windenergie zu beteiligen. Dies trägt zur Stärkung der ländlichen Regionen bei und steigert die Akzeptanz für die ortsnahe Stromerzeugung durch Windenergie.

Wir fordern zur Effizienzsteigerung die Stärkung der Forschung in neue Technologien zur Erzeugung und Speicherung von Energie. Die Weiterentwicklung von Technologien soll dafür sorgen, dass die Leistung gleichbleibt oder sogar gesteigert wird, jedoch der CO₂-Ausstoß so gering wie möglich ist.

Lebensmittel

Der Prozess, welcher hinter den einzelnen Lebensmitteln im Supermarkt steht, ist oft länger und aufwändiger als Verbraucher*innen oft vermuten. Beispielsweise beginnt der Prozess mit den Überlegungen des*der Landwirt*in über die Fruchtfolge auf dem Acker. Lebensmittel, und vor allem tierische Lebensmittel, haben eine lange Wertschöpfungskette.

Daher muss das Bewusstsein für die Lebensmittelproduktion von Beginn bis zum Kauf gestärkt und die Wertschätzung der Produktion durch die konsequente Verringerung von Lebensmittelabfällen erhöht werden.

Jährlich werden in Deutschland 12 Mio. Tonnen Lebensmittel weggeworfen, das sind ca. 75 kg pro Person⁵. Durch einen angepassten Einkauf vom Handel und von Verbraucher*innen können mit den entsprechenden Planungen viele Lebensmittel vor dem Müll bewahrt werden.

Durch weggeworfene Lebensmittel werden wertvolle Ressourcen verschwendet, da für die Herstellung von Lebensmitteln viele Ressourcen wie Wasser, Strom, Kraftstoff oder Arbeitskraft aufgewendet werden. Lebensmittel sind zudem Naturprodukte, die nicht immer nach Norm wachsen. Unser Qualitätsanspruch definiert sich daher nicht über äußerliche Schönheitsfehler.

Die Anforderungen der Abnehmer*innen, egal ob Lebensmittelindustrie, Groß- und Einzelhandel oder Verbraucher*innen, müssen flexibler und offener werden und Obst und Gemüse mit Schönheitsfehlern muss ebenfalls abgenommen werden. Falls dies nicht geschieht, sollten die Lebensmittel trotzdem auf andere Art und Weise verwendet werden. Zum Beispiel können diese Produkte weiterverarbeitet an Organisationen (Tafel/Einrichtungen) gespendet, zu Futtermittel weiterverwertet oder falls unvermeidbar für die Biogasanlage genutzt werden.

Ein weiterer Punkt ist das Mindesthaltbarkeitsdatum (MHD). Nur weil dieses Datum überschritten ist, bedeutet es nicht, dass das Produkt verdorben ist. Es gilt der Leitfaden „riechen, sehen, probieren“.



⁵ Vgl. Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (2021), online

Wir unterstützen, dass Produkte, die das MHD im Supermarkt überschritten haben, vergünstigt zum Verkauf angeboten oder sozialen Einrichtungen (z. B. Tafel) gespendet werden. Für Ultrafrischwaren (Obst, Gemüse und Brot) fordern wir eine Preisreduzierung zum Ladenschluss. Umweltschonend wäre ein nachfrageorientiertes Angebot. Dies könnte allerdings bedeuten, dass eventuell nicht die gesamte Bandbreite an Produkten bis zum Ladenschluss vorrätig wäre. Diese Maßnahme würde zudem die Wertschätzung der Lebensmittel als endliches Produkt erzeugen.

Das Dilemma der Lebensmittelproduktion ist, dass zum einen qualitativ hochwertige Lebensmittel für alle erschwinglich sein sollten, zum anderen müssen die Erzeuger*innen aber von der Produktion leben können. Derzeit tragen sich viele Erzeugnisse aber nicht. Daher muss es geeignete Maßnahmen geben, die dieser Entwicklung entgegenwirken. Der Preis für ein Produkt muss dem wahren Wert entsprechen. Dabei müssen die gestiegenen Produktionskosten wie z. B. Kraftstoff, Arbeitskraft oder Futtermittel beachtet und berechnet werden. Auch Niedrigpreise und Lockangebote, vor allem für Molkereiprodukte und Fleischerzeugnisse, müssen unterbunden werden.

Für die Landwirt*innen muss ein Überschuss entstehen, um eine finanzielle Grundlage für zukunftsorientierte und nachhaltige Investitionen zu haben. Dies könnten zum Beispiel hofeigene Verkaufsautomaten oder Hofläden sein. Die direkte Vermarktung trägt zur eigenen und flexiblen Preisbestimmung bei.

Die Nachfrage der Verbraucher*innen bestimmt das Angebot des Handels. Daher muss es Ziel sein, ein vielfältiges und realitätsgetreues Bild der Landwirtschaft und der Lebensmittelproduktion darzustellen. Nur dadurch können die Arbeit der Landwirt*innen und die (tierischen) Produkte wirklich wertgeschätzt werden. Wir erhoffen uns dadurch, dass die Verbraucher*innen bereit wären, mehr Geld für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu zahlen und so ein fairer Preis entsteht.

Politik

Die Politik hat einen großen Einfluss auf die Landwirtschaft. Die Landwirtschaft erzeugt Güter und die Politik legt die Produktionsbedingungen fest, wo und wie die landwirtschaftlich erzeugten Güter verkauft werden können. Zudem gibt es Förderprogramme der Politik, die den Markt beeinflussen. Diese Abhängigkeit kann zu Konflikten führen.

Für eine zukunftsfähige Landwirtschaft in unserer Region sind politische Entscheidungen auf wissenschaftlicher Basis essenziell. Dabei ist es wichtig, dass Natur, Umwelt und Landwirtschaft in Einklang gebracht werden. Das bedeutet, dass die Landwirt*innen, die Umweltorganisationen und die Politik gemeinsam an einen Tisch kommen und Lösungen erarbeiten. Beispiele dafür sind der „Niedersächsische Weg“ oder die Zukunftskommission Landwirtschaft, bei denen zur Zielerreichung aktiv mitgestaltet werden kann. Damit dieser Plan umgesetzt wird, ist es unabdingbar, dass alle Beteiligten die Entscheidungen respektieren und sich damit identifizieren.

Unsere Landwirt*innen benötigen langfristige Planungssicherheit mit praxistauglichen Bedingungen. In unserer sozialen Marktwirtschaft müssen sich die Landwirt*innen am Markt orientieren und sich dem Bedarf anpassen. Dabei fordern wir von der Politik, dass sie „sozial“ mit den Landwirt*innen umgeht, indem sie unterstützt und begleitet werden. Es gilt dabei Förderungen zu gestalten, die sich an der Entwicklung des Marktes anpassen und zukunftsorientiert sind, damit die Landwirt*innen die gewünschte Planungssicherheit bekommen.

Wir sprechen uns dabei für gleiche Produktionsbedingungen in der gesamten Europäischen Union aus. Zudem fordern wir, dass Handelsabkommen nicht zum Nachteil der heimischen Landwirtschaft abgeschlossen werden.

Die Gemeinsame Agrarpolitik⁶ (GAP) sollte überarbeitet werden. Diese besteht zurzeit aus zwei Säulen. Die erste Säule sind Direktzahlungen an landwirtschaftliche Betriebe, die sich u. a. an den Flächengrößen orientiert. Die flächenorientierten Prämien sollten abgeschafft werden, da die tierhaltenden Regionen und kleinstrukturierte Betriebe benachteiligt werden. Die Prämie sollte eher an Betrieben anstatt an Flächen gebunden oder noch degressiver gestaffelt werden. Damit wäre die erste Säule fairer gestaltet. Weiterhin fordern wir eine Erhöhung des Fördervolumens der zweiten Säule. Mit dem Geld der zweiten Säule soll die Infrastruktur und Innovationen im Bereich Technik und Tierhaltung in der Landwirtschaft in ländlichen Regionen ausgebaut werden.

Gesellschaftliche Verantwortung

Es findet eine Entfremdung zwischen Landwirtschaft und Gesellschaft statt, die letztlich zu Konflikten, Unverständnis und Frustration führt. Wir wollen, dass Landwirtschaft und Gesellschaft in einen permanenten Austausch treten, der sich nicht nur auf (kurzzeitige) Probleme stützt. Die Landwirtschaft soll als Teil der Gesellschaft wahrgenommen werden, da die Landwirtschaft mit ihren Erzeugnissen unser (Über-) Leben sichert.

Landwirtschaft und Gesellschaft sollen sich ihre Fragen, Probleme, Erwartungen und Wünsche näherbringen können, sodass Verständnis und Problembewusstsein beiderseits geschaffen werden. Die Landwirtschaft sollte sich an den Erwartungen der Gesellschaft orientieren und bezahlbare, qualitativ hochwertige Lebensmittel für alle Menschen erzeugen können. Die Gesellschaft muss ein Verständnis für die Produktion und die Besonderheiten der landwirtschaftlichen Branche entwickeln und die Sichtweisen der Landwirt*innen kennenlernen.

In den öffentlichen Agrardebatten prallen unterschiedliche Standpunkte und Perspektiven aufeinander. Auf der einen Seite gibt es innergesellschaftliche Standpunkte wie bspw. bei den Themen Umweltschutz oder Ernährung. Auf der anderen Seite gibt es zudem innerlandwirtschaftliche Konflikte wie industrielle Großbetriebe gegenüber kleinbäuerlichen Familienbetrieben. Alle Polarisierungen führen dazu, dass die landwirtschaftlichen Debatten höchst emotional sind und eine Ideologisierung zunimmt. So scheint eine Annäherung aufgrund der vielen verschiedenen Perspektiven und Standpunkte als schwierig.⁷

Ein Grund für die zunehmende Entfremdung ist der romantisierte Blick einer bäuerlichen Landwirtschaft. Beispielsweise ist in der Gesellschaft wenig bekannt, wie hoch technologisiert die landwirtschaftlichen Betriebe mittlerweile sind und auch sein müssen. Denn wer nicht schnellstmöglich bei Innovationen mitgeht, dessen Betrieb ist langfristig nicht bestandsfähig.

Trotz des permanenten Anpassungs- und Einkommensdrucks auf den Betrieben ist gerade die Annäherung zur Gesellschaft und zu den Verbraucher*innen immer wichtiger. Das gilt für Wirtschaftsunternehmen genauso wie für landwirtschaftliche Betriebe. Das möchten wir unterstützen, indem wir die Landwirt*innen auffordern ihre Höfe zu öffnen und ihre Tätigkeiten transparent zu machen. Einige Betriebe betreiben bereits Öffentlichkeitsarbeit über Social Media. Jedoch ist der Wirkungsradius eines landwirtschaftlichen Betriebes begrenzt. Gesellschaftliches Engagement der Landwirt*innen wird häufig nicht mit ihrem Betrieb in Zusammenhang gebracht, sondern als selbstverständliches Engagement der Privatperson wahrgenommen.

Deshalb wollen wir insbesondere Betriebe der vor- und nachgelagerten Landwirtschaft in die Pflicht nehmen. Sie sind i. d. R. größer und haben ein großes Netzwerk sowie mehr finanzielle und personelle Möglichkeiten. Sie sollen in Zusammenarbeit mit den Landwirt*innen gesellschaftliches Engagement zeigen. Insgesamt tragen sie

⁶ Mit der Gemeinsamen Agrarpolitik werden auf EU-Ebene Maßnahmen gefördert/finanziert, die die Landwirtschaft und den ländlichen Raum betreffen.

⁷ Vgl. DLG e. V. (2016)

damit zu einer positiven Wahrnehmung des gesamten Sektors in der Öffentlichkeit bei und unterstützen ihre Lieferant*innen oder Abnehmer*innen.

Ein Problem, welches ebenfalls zur Spaltung der Gesellschaft und der Landwirtschaft führt, ist die Intransparenz der politischen Maßnahmen, wie die Förderung von Umweltmaßnahmen. Diese Maßnahmen sollen eigentlich zur gesellschaftlichen Verantwortung führen. Um dies zu erreichen, müssen sie gesellschaftlich akzeptiert und anerkannt werden und hierfür transparent kommuniziert und verständlich gemacht werden. Wir fordern eine transparente Kommunikation hinsichtlich der Förderungen von Seiten der Politik und der Landwirt*innen. Es soll erkennbar sein, dass diese Förderungen nicht profitabel sind, sondern ein Ausgleich für die damit verbundenen Aufwendungen der Landwirt*innen.

Es scheinen gegensätzliche Forderungen und Erwartungen aufeinander zu prallen. Einerseits muss die hiesige Landwirtschaft hochmodern und leistungsstark sein, um die Ernährung und Energieversorgung einer wachsenden Bevölkerung klimagerecht zu leisten. Andererseits soll die Versorgung sozialer, ökologischer und qualitativ hochwertiger werden und Flächen sollen ebenfalls für Bau- und Erholungsgebiete genutzt werden.

Deshalb spielen zivilgesellschaftliche Akteure in der Vermittlung eine sehr große Rolle - so auch die KLJB. Wir können eine Brücke bauen und Angebote zur Vermittlung schaffen. Wir versuchen Landwirtschaft verständlich zu machen und als Sprachrohr in alle Richtungen zu fungieren. Wir fordern, dass sich Landwirt*innen engagieren, sich transparent und offen zeigen. Außerdem sollte die Gesellschaft die Veränderungen in der Landwirtschaft wahrnehmen und Angebote annehmen. Wenn beide Seiten in einen offenen Austausch treten, sind wir der Überzeugung, dass wir uns als soziale Gesamtgesellschaft weiterentwickeln werden.

Arbeitsplatz der Zukunft

Da die Landwirtschaft vielseitige und attraktive Berufe bietet, wollen wir, dass weiterhin viele junge Leute Interesse an der Landwirtschaft entwickeln und dadurch den Weg in die „grünen Berufe“ finden. Aber auch die Berufstätigen dürfen durch politische oder finanzielle Sorgen nicht den Spaß an der Arbeit verlieren.

Die deutsche Landwirtschaft braucht Planungssicherheit, um z. B. die Umbauten in die geforderten Tierwohlstufen in Angriff nehmen zu können. Dies sollte, wie in Kapitel 6 beschrieben, durch den Markt gesteuert und durch Politik begleitet und wenig beeinflusst werden. Somit kann eine Überproduktion ebenfalls vermieden werden. Politische Eingriffe führen dazu, dass Maßnahmen gefördert werden, die sich nicht rentieren und nur durch die Förderung bestehen bleiben oder sogar entstehen. Des Weiteren kann es dazu führen, dass sich durch externe Eingriffe auf bestimmte Produktionen fokussiert und dadurch die Vielfalt von Produkten verringert wird oder sogar wegfällt. Die Produkte, die hier hergestellt werden, werden zu den besten Standards weltweit produziert und sollten auch entsprechend bezahlt werden. Nur durch faire Bezahlung der Erzeugnisse sind die Landwirt*innen in der Lage effektiv und effizient zu arbeiten. Die Preispolitik muss so gestaltet werden, dass gut wirtschaftende, landwirtschaftliche Betriebe sich rentieren und finanzieren können. Niedersachsen ist eines der wichtigsten Agrarländer und dementsprechend ein riesiger Wirtschaftsfaktor. In Niedersachsen ist fast jede 8. Arbeitskraft in oder um die Landwirtschaft tätig. Dazu zählen auch die vor- und nachgelagerten Bereiche.⁸ Deshalb muss der landwirtschaftliche Sektor unbedingt erhalten und der Berufstand weiterhin attraktiv bleiben.

Wenn wir auf Erntehelfer*innen, Leiharbeiter*innen oder Werksarbeiter*innen in und um die Landwirtschaft angewiesen sind, dann müssen sie gerecht entlohnt werden und die Arbeitsplätze

⁸ Vgl. Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (online)

sicher sein. Wir fordern, dass ihnen ein gutes Arbeits- und Wohnumfeld geboten wird und sie so behandelt werden, wie es jeder*m Arbeitnehmer*in zusteht. Dazu gehören auch die Einhaltung der Gesetze, wie das Arbeitszeitgesetz oder die Zahlung des Mindestlohns. Dies darf auch nicht durch im Ausland sitzende Subunternehmen umgangen werden.

Fazit

Jeder landwirtschaftliche Betrieb ist anders und unterscheidet sich durch die Umgebung und Voraussetzungen. Deshalb können wir keine allgemeingültigen und festen Lösungen für alle Betriebe liefern, um den Konflikten und Herausforderungen der heutigen Zeit zu begegnen. Uns ist ein fairer Umgang miteinander wichtig. Hier zitieren wir gerne aus einem Antrag unserer Diözesanversammlung 2020: „Die Konsument*innen sollen hinterfragen, was sie wo, zu welchen Preisen beziehen. Günstige Lebensmittel bewirken nicht, dass sich etwas ändert. Günstige Lebensmittel bewirken, dass den Landwirt*innen kein Spielraum bleibt, um Veränderungen zu finanzieren. Die Produzent*innen sollten hinterfragen, ob die Methoden, mit denen sie arbeiten, wirklich den aktuell möglichen Standards entsprechen und keine Alternativen möglich sind.“

Uns ist es wichtig, dass wir es schaffen gute, qualitative Lebensmittel zu erzeugen, die sich jede*r leisten kann. Damit wir eine Lebensgrundlage haben, sollten wir sie nicht zerstören und deshalb ist ein nachhaltiger Umgang mit den Ressourcen essentiell.

Um dies zu erreichen, sind viele Bereiche gefragt, die für den Erhalt unserer Lebensgrundlage verantwortlich sind. Sie sollten stetig bestrebt sein, eine Waage im Sinne des Gemeinwohls zu halten und neue Lösungen zu finden. Dazu nehmen wir Politiker*innen, die Lebensmittelvermarktung, die Lebensmittelverarbeitung, die Landwirt*innen und Lebensmittelerzeuger*innen, alle Konsument*innen und Verbraucher*innen sowie uns und alle ländlich geprägten Organisationen in die Pflicht einen Beitrag zu leisten, um sich für die Erreichung dieser Ziele einzusetzen.

Literatur

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (2021): Lebensmittelabfälle in Deutschland: Aktuelle Studie über Höhe der Lebensmittelabfälle nach Sektoren. Online unter: <https://www.bmel.de/DE/themen/ernaehrung/lebensmittelverschwendung/studie-lebensmittelabfaelle-deutschland.html>.

DLG e. V. (Hrsg.) (2016): Moderne Landwirtschaft zwischen Anspruch und Wirklichkeit – Eine kritische Analyse. DLG-Verlag, S. 147 – 170

Fachverband Biogas e. V. (o. J.): Klimaschutz. Online unter: <https://www.biogas.org/edcom/webfvb.nsf/id/DE-Klimaschutz>.

Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (2021): Agrarland Nummer 1. Online unter: <https://www.ml.niedersachsen.de/startseite/themen/landwirtschaft/landwirtschaft-in-niedersachsen-4513.html>.